

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung u. Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Leipzig & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Friedr. Goedsche in Dresden.

3. Nr. 55. Einundzwanzigster Jahrgang.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Leipzig & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Friedr. Goedsche in Dresden.

Nr. 55. Einundzwanzigster Jahrgang.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, Donnerstag, 24. Februar 1876.

## Politisches.

Mit dem Zusammentritt des sächsischen Landtages ist für die unfer Heimatland berechnende Fragen die oberste Beschäftigung wieder vereint. Den ersten Urtheilspruch, welcher die sächsische Industrie betraf und die Beibehaltung der Subvention für Eisenbahn-Lieferungen verlangte, vertheile man nicht falsch! Er richtete sich gegen das Verlangen, der übergründeten Hartmann'schen Fabrik in Chemnitz einige Hunderttausend Thaler in den Schooß zu werfen. Wenn Richard Hartmann noch an der Spitze seiner Maschinenbauanstalt stünde, könnte sie für Locomotiven billigere Preise fordern als jetzt, wo auf dem Actiencapital noch die Gründerkosten liegen. Möge sich die Fabrik, der Neuzeit entsprechend, aufrasten, mag sie lernen, concurrenzfähig zu arbeiten! Dann werden wiederum fleißige Hände sich in den oben Hallen Hartmann's rühren. Einen wunderlichen Standpunkt vertrat in der Debatte Abg. Fahnauer. Seine Deductionen liefen darauf hinaus, mit einer Art türkischem Fatalismus das Eisenbahnproject des Reiches abzuwarten und behaupten, daß der natürliche, scharfe Verstand Fahnauer's durch den engen Gesichtskreis, innerhalb dessen er sich bewegt, oft so beeinträchtigt wird! Der geehrte Ortsbesitzer aus Bobitz sprach jedenfalls nur in seinem eigenen Namen, nicht in dem der Fortschrittspartei.

Von Berlin kommen interessante Gäste nach Dresden. Dem bewährten Kronprinzen, der die bisher schon besessenen Sympathien nur befestigte, folgte der nationalliberale Abg. Bamberger, Gold- und Silberarbeiter im Reichstage. Wenn wir das Gute empfangen von Berlin, warum sollen wir den Bamberger nicht auch aufnehmen? Miquel kam nicht mit. Dresden blieb daher ohne Belehrung darüber, wie man eine Bank, die an unsoliden Gründungen Millionen verdient hat, leiten und doch dabei ein hochangesehener, mächtiger Parteiführer im Reichstage bleiben kann. Dresden mußte sich also mit dem einzigen Bamberger begnügen, der auch insofern viel Aehnlichkeit mit dem früheren Communisten Miquel besitzt, als er 1845 sich als rother Republikaner am Aufstand in Baden und der Pfalz betheiligte, jetzt aber gleich Miquel der preussischen Militairpartei, die er einst bekämpfte, bereitwillig den Steigbügel hält. Als Wirtschaftsführer der Bank- und Münzangelegenheiten, als geistiger Mitbegründer der gesammten volkswirtschaftlichen Bewegung, deren traurige Kämpfe wir im Verzeubel und Zusammenstürze der Industrie erleben, war er gewiß für Dresden eine so interessante Erscheinung, wie das Geschöpf von der Leipziger Messe, das einst Gellert besang. An Neugierigen, welche die Terrasse besuchten, um die Kluth im Fluße und die Wässer der Bamberger'schen Rede im Markschneider'schen Saale rauschen zu hören, konnte es nicht fehlen, und für Beifall sorgten schon die Arrangements dieses nationalliberalen Gastpöckels. Die Glauzeure thaten ihre Schuldigkeit. So wie wir aber die Dresdner kennen, findet der Nationalliberalismus, dessen Evangelium Bamberger verkündete, hier keinen Boden. Den interessanten Gast hörte man an, klatscht auch geehrt, daß er uns belehrt, arban zu seinen Späßen, aber man engagirt ihn nicht. Interessanter als die Trugschlüsse der Bamberger'schen Rede, seltener als seine Bonmots dünkt uns die, wenn auch höchst unartig ausgedrückte Wendung: „Bismarck hat sich lange mit dem Kaiser plagen müssen, ehe er ihn so weit hatte, daß er u. s. w.“ Ei, ei, Herr Bamberger, lassen Sie das nicht Bismarck hören!

Wir erwidern uns, meinen wir, gerechtere Dank unserer Vorbekanten, wenn wir sie, statt sie nationalliberal einzulassen, daß die Goldkinder und Militairs in Berlin „nur unser Bestes wollen“, vor drohenden Gefahren warnen. Eine solche Erwähnung soeben dem Salzverbraucher. Kaum ist das Bier einer Mehrbestimmung entgangen, so soll das Salz daran kommen. Die Salzproduzenten in Deutschland peitern in Berlin um Erhöhung des Eingangszolles auf Salz oder doch um Ermäßigung der Abgaben der deutschen Salzproduzenten. In beiden Fällen würde das Publikum das Salz theurer bezahlen müssen. Es giebt in Deutschland 29 Staatssalzwerke und Salinen, sowie 41 Privatfabriken. Sachsen besitzt beinahe ausschließlich keine Saline mehr. Dieser besagten Umstand führte einen geringen Salzverbrauch bei uns ein. Es ist nach physikalischen Gesetzen wünschenswert, daß der Mensch jährlich mindestens gegen 16 Pfund Salz zu sich nimmt, das thut der Preuße, Bayer, Württemberger und Badener. Der Sachse begnügt sich mit 10 Pfund Salz. Noch schlimmer steht's mit dem Viehsalzverbrauch, dessen reiche Verwendung bei Vieh aller Art die Muskelkraft erhöht und die Verdauung fördert. Das Stüd Großvieh erhält in Sachsen pro Jahr 25 Pfund weniger Salz als in Baden. Statt daß die härteste Steuer, die Salzsteuer, überhaupt fällt (der Kopf der Bevölkerung sieht jährlich gegen 98 Pfennige Salzsteuer), wollen die Salzproduzenten entweder eine Erhöhung des Eingangszolles auf Salz oder einen Steuernachschuß, der bloß in ihre Taschen fließt und nicht dem Volke zu Gute käme. Die Agitation hierfür ist nicht ohne Gefahr, da Preußen, Württemberg und Bayern bedeutende Staatssalinen besitzen. Um so verdienstlicher ist, daß Dr. Weisler in Jittau, Secretair der vorigen Handelskammer, Lärm schlägt und auf die drohende Vertheuerung des Salzes warnend hinweist.

## Locales und Geschäftliches.

Die Königl. Wasserbau-Direction schreibt und von gestern: Die Stationen der böhmischen wie sächsischen Eisenbahn stellen langsame, aber stetig Sinken des Wassers. In Dresden 6 Uhr Abends Wasserstand 418 Centim. über Null. — Auf das Ersuchen der Königl. Wasserbau-Inspection und nach Vernehmen mit dem Herrn Eisenbahndirector Böge hat Herr Oberleutnant Klemm vom Bismarckbataillon 1 Hauptmann und 44 Pontoniere gestern nach Riesa zur Rettung der noch stehenden Brückenreste beordert. Ein Extrazug mit Pontons, Schanzkörben und Fashchinen ist dahin abgegangen. — Mit dem Hofball, der am nächsten Fastnachts-Dienstag stattfindet, kommen die Festlichkeiten am Hofe in dieser Saison zu Ende. Auch am 1. preussischen Hofe wird vor Eintritt der Trauer um die Niichte des Kaisers das Festprogramm zu Ende geführt. — Die „B. B. Ztg.“ bringt die erfreuliche Nachricht, daß mit Rücksicht auf die traurige Lage der Eisen- und Stahl-Industrie der Handelsminister sämtliche königl. Eisenbahn-Directionen angewiesen hat, ihren Bedarf an Bau- und Betriebsmaterial in Eisen und Stahl alsbald zu ermitteln und in geeigneter Weise zur öffentlichen Submission zu bringen. Möchte auch unsere königl. Staatsregierung recht bald die zur Beschaffung bewilligten Locomotiven und Wagen zur Auslieferung gelangen lassen, und zwar nicht allein um dem jetzigen Nothstand der Industrie lindern zu helfen, sondern auch, um noch durch die jetzigen, überaus niedrigen Preise für die Staatsbahn eine Ersparnis herbeizuführen. — Vorgestern Mittag ist ein seit Sonnabend vermisster Soldat des Train-Bataillons, der Sohn eines hiesigen Fuhrwerksbesizers, im Gehölz in der Nähe des „Feller“ am Artillerie-Exercierplatz erhängt aufgefunden worden. — Gestern Vormittag erschienen in dem Hause Nr. 14 des Jagdwegs, worin sich die Münchener'sche Verlagsbuchhandlung befindet, unermüthet eine größere Anzahl Criminalpolizisten und nahmen alsbald gleichzeitig in allen zu der betr. Buchhandlung gehörigen Localitäten eine gründliche Durchsuchung vor. Diefelbe galt, wie uns mitgetheilt wird, einem im Verlage jener Buchhandlung erschienenen Werke, „Die Geheimnisse der Verunstempfung aller Zeiten und Völker oder die Sinnverlust und ihre Priesterinnen“, welches schon seit einigen Jahren in ganz Deutschland massenhaft im Copirungsweg verbreitet worden sein soll, ohne daß man dasselbe früher beanstandet hat. Wir werden über die Sache an kompetenter Stelle weitere Erkundigung einzuziehen und deren Resultat mittheilen. — Am Montag Nachmittag ist ein auf einem Neubau in der Dürerstraße beschäffigter Maurer gefalle dadurch zu Schaden gekommen, daß ihm, gerade als er eine Ladung Schutt aus der Haustur herausgeschafft hatte, ein Mauerstein auf den Kopf fiel und ihn nicht unerheblich verletzte. Er ist nach seiner in Striefen befindlichen Wohnung geschafft worden. — Der vor einiger Zeit viel von sich reden machende Jah-arzt Dr. Bloch, welcher nach seiner in Wien erfolgten Verhaftung bereits seit mehreren Monaten beim hiesigen Bezirksgericht sich in Haft befindet, hat, wie wir hören, gestern in seiner Gefängniszelle einen Vergiftungsversuch gemacht und ist, als sich sein Zustand im Laufe des Tages verschlimmert hat, gegen Abend in das Krankenhaus geschafft worden. — Seit ungefähr drei Wochen wurde ein hiesiger Polytechniker, ein ruhiger, solid-junger Mann und Sohn eines geachteten Sachwalters in einer Nachbarstadt, vermisst, der bis zu einem Sonntag Abend mit mehreren Freunden zusammen gewesen war, sich dann von ihnen getrennt hatte, um sich angeblich nach seiner Wohnung zu begeben, dort aber nicht angekommen und seitdem nicht wieder gesehen worden war. Der junge Mann hatte früher schon einmal den Versuch gemacht, sich zu ertränken, der Selbsthaltungstrieb war damals aber wahrscheinlich so mächtig in ihm gewesen, daß er sich wieder ans Land gearbeitet hatte und ganz durchhänft nach Hause gekommen war. Jetzt hat er eine andere Todesart gewählt, um seinen Zweck sicher zu erreichen, denn sein Leichnam ist in der sächsischen Waldung zu Wendischschardt an einem Baume hängend aufgefunden worden. Die Motive, welche den jungen soliden Mann in den Tod getrieben haben, sind Niemand erklärlich. — Landtag. Die 2. Kammer erklärte an erster Stelle auf den Vortrag des Abg. Dr. Minnow die angebotene Wahl des Abg. Grünler, Vertreter des 38. ländlichen Wahlbezirks definitiv für gültig und bewilligte dann auf Bericht des Abg. Bunde zu Fortsetzung des Neubaus der Anstalt Groß-Steuer bei der diesbezüglichen Annahme von 160 verwaalteten Säuglingen (letztermalig 90,000 Mark), nachdem der Abg. Strauch der Wirksamkeit der Anstalt warme Anerkennung gezollt und den Wunsch ausgesprochen, daß die Vertheilung der Kinder, um Aufnahme von verwaalteten Kindern, nicht nur denjenigen Säuglingen in den Landesanstalten ausgenommen seien, in welchen sich verwaaltete Kinder befinden, sondern auch denjenigen, welche in Verwahranstalten minder verwaalteter Kinder Ende der Vertheilungsvertheilung sind. Ebenso wurden bewilligt bei der Anstalt Huderburg zum Bau einer Waschl-Colonie und eines dritten Meierhöfes in Meckwitz 165,000 Mark. Eine lebhaft animirte Debatte entspann sich über den Bericht, betreffend die zu außerordentlichen Ausgaben für die Landes-Deu-, Straf- und Verwahranstalten, sowie über die Erweiterung der Bismarck-Stationen nachträglich geleisteten Summen, nämlich a) zum Umbau eines Hauses bei der Anstalt Waldheim 30,000 Mark; b) zum Umbau des Saalhauses bei der Anstalt Goldsch 31,000 Mark; zum Umbau des früher schon erworbenen Bismarck-Hauses 17,000 Mark, und zum Umbau bei der Anstalt Meierhöf 21,000 Mark; c) 219,000 Mark zum Bau der Anstalt Meierhöf in einem Mauerbau 8000 Mark, und zum Umbau des früheren Arresthauses in Meckwitz 15,000 Mark, und endlich zur Wasserbeschaffung für verschiedene Anstalten 18,000 Mark. Da überall vollendete Thatsachen vorliegen und die Regierung ihre Vorgehen als notwendig begründet hat, schlägt die Deputation nachträgliche Genehmigung der Kosten vor. Die allgemeine Debatte eröfnete der Abg. Rumpel, dem die Vertheilung der Staatsanstalten der großen Kosten wegen Bedenken einflößt, die verhindert würden, wenn man ähnliche Anstalten an einer Stelle vereinigt. Abg. Rumpel erging sich dann in bitterem Tadel über die so häufig von der Regierung gestellten Nachforderungen, die geradezu unconstitutionell seien, deren Gewährung durch die Kammer einen tiefen Eindruck im Volke mache. Das Ministerium solle die einzelnen Anstalten, welche Schuld an solchen Nach-

forderungen tragen, streng zur Rechenschaft ziehen, zum Erlaß beschließen. Wo bleibe das Wohlwollendrecht der Kammer, wenn sie so oft vor vollendete Thatsachen gestellt sei? Er müsse fragen, ob die Regierung in dem vorliegenden Falle sich im Rechte befinde, ob die Regierung die Gelder verwendet, Minister v. Röstler-Wallich bejahte diese Frage: sie habe nicht anders handeln können, als sie gehandelt; es sei überall dringendes Bedürfnis vorhanden gewesen und der Abg. Rumpel würde, wenn er an seiner Stelle (des Ministers) gestanden, gewiß gerade so verfahren sein (Abg. Rumpel rufte: Das wäre auf einen Verlust an! Weiter!). Zugelassen sei, daß die Veranschlagung der Kosten für Nachforderungen nicht ganz mit der nöthigen Sorgfalt erfolgt sei. Er erkenne an, daß die bedeutende Nachforderung für den Bau dieser Anstalt den Kammermitgliedern eine höchst unangenehme Ueberraschung bereitet habe, man solle aber bedenken, daß dieselbe anstatt der ursprünglich berechneten 200 jetzt 350 Krone ausmache, bei einer Ueberberechnung des früheren Kostenschätzens um nur 180,000 Mark. Er habe sich für die Zukunft im Grundsatz gefaßt, kein Postulat ohne Beilage spezieller Veranschlagungen mehr beizubringen (Beifall); trotzdem würden sich aber Nachforderungen doch nicht ganz vermeiden lassen. Rumpel als Minister wäre es ja leichter, gegenüber als Vorkandidat auftretenden Anforderungen, zu sagen: es ist kein Geld da, als die Verantwortung für nichtbewilligte Ausgaben zu übernehmen. Der Minister redete nicht, sondern die Richtung der Winden anstalt in Meckwitz; der Staat sei verpflichtet, für die Anstalt zu ihrer Erweiterung Platz zu schaffen. Er werde übrigens auf den Tich des Hauses eine ihm gestern ausgegangene Nachforderungsschrift des Landrathes niederlegen, welche die Anstalt für Hochweischen gemacht. Letztere Anstalt veranlaßt den Abg. Fahnauer zu der Anfrage, ob die Mitglieder von diesem Schriftstück öffentlichen Gebrauch machen könnten? Er habe selber einmal von einem ähnlichen Schriftstück des Oberlandrathes-Inspector Gebrauch gemacht und sei deshalb dem Vertrauensbruch geziehen worden. Die Regierung habe zur Aufklärung des betreffenden Baubeamten angefordert, derselbe sei auf einer längeren Reise gewesen; nun dann sei er wohl überhaupt überflüssig. In dem ganzen Vorgehen der Regierung sei eine Mißachtung der Stänke. Im Uebrigen sei er dafür, daß Beamte, die ihre Pflicht nicht erfüllen, zur Rechenschaft gezogen oder abgesetzt werden. Der Minister des Innern hat nichts gegen eine Veröffentlichung des Schriftstückes und giebt dem betreffenden Bau-Inspector im Allgemeinen das Zeugniß größter Pünktlichkeit. Von einer Mißachtung der Stänke sei die Regierung weit entfernt. Ohne einen Bau-Inspector als Mitglied des Reichstages im Ministerium zu ernennen, würde die Verantwortlichkeit für die einschlägigen Verhältnisse nicht zu übernehmen. Von Fahnauer erwähnte Schreiben des Oberlandrathes-Inspector sei damals nicht den Kammermitgliedern, sondern nur der Finanzdeputation vertraulich mitgeteilt worden. Nachdem der Referent Kunde des Standpunkts der Deputation gegenüber den gegebenen Thatsachen vertheilt und unter der Beifügung des Hauses geschlossen hatte: „Billig ist, wie vertheilt, wird einmal nicht zu ändern ist“, brachte der Abg. Lehmann den Antrag ein, die Abstimmung über Punkt c. (Hochweischen) anzustellen, bis die Ministerial-Kenntnis von dem mehrerwähnten Erproben genommen hätten. Abg. Hartwig nahm den angeführten Bau-Inspector jedoch in Schutz; derselbe habe sehr unangenehme Arbeiten zu bewältigen und unter Umständen würde man an seiner Stelle drei Kräfte nöthig haben. Abg. Lehmann erklärte sich gegen Auslegung der Abstimmung, da der wesentliche Inhalt des Erproben der Deputation bereits bekannt sei, dasselbe Neues kaum enthalte; Fahnauer dagegen ist für den Lehmann'schen Antrag, der indes abgelehnt wurde. Abg. Rumpel erklärte nochmals das Wort, um, wenn er Minister wäre, Rede dem Beamten zurufen, der seine Schuldigkeit nicht thue. Einer weiteren Vertheidigung der Regierung durch Ged. Rumpel v. Jahn folgte die Mittheilung des Abg. v. Hiller, daß das fragliche Erproben nach einer Meinung des Ministers vom Vortage enthalte, was der Minister auch bekräftigte, der sich zugleich für die Vertagung der Abstimmung vertheilte. Nun nahm Abg. Dr. Viedermann den Lehmann'schen Antrag wieder auf. Unter Anderem besanderte dann Abg. Kitzbach das „Gebahren“ der Regierung, erst jetzt mit dem Erproben herzutreten, als höchst eigenhändig, gegen welchen Vorwurf der Minister sich ziemlich stark verwehrt. Er sei der Kammer gegenüber stets mit Offenheit verfahren und werde es trotz der erdarenen Angriffe auch künftig thun. Es erzielte hierauf die Annahme des Lehmann'schen Antrages; sonst aber die Bewilligung sämtlicher Fortsetzungen. Auf mündlichen Vortrag des Abg. Dr. Minnow ernachtigte die Kammer die Staatsregierung, der Stadt Eisenhof die seiner Zeit in Errichtung eines (Schul-) Gebäudes erster Instanz gewährte Beihilfe von 3000 Mark, auch zu berücksichtigen, inwiefern, soweit die Gemeinden Kötha, Gartha und Schöneck anlangt, der Verbesserung des bish. kaiserl. Hochweischen der Gerichtsgebäude zu bestimmenden Ausweis der Zeit von den genannten Gemeinden dem Staatsfiskus gebühren pecuniären Opfer in billige Vertheilung zu geben.“ Abg. Rumpel sprach hierauf den Wunsch aus, daß man den Interessen der kleineren Städte seitens der gelegenden Parteien mehr Rechnung tragen möge, als bisher. Ebenso wurden 150,000 Mark zur Entschädigung an Stadtgemeinden für die Uebernahme von innerhalb der Städte gelegenen fischalischen Wasser- und Straßentrassen zu eigener Unterhaltung als Verrechnungsgeld bewilligt (Abg. Hartwig.) Nicht minder genehmigte man 17,000 Mark für den Erweiterungsbau des Seminar zu Witten, 117,600 Mark für das zu Witten und 103,500 Mark für das zu Vidau (Abg. Rumpel) und nachtragweise auf die vorige Finanzperiode für die zum Königl. Hansfiscicommiss gestellten öffentlichen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft (Abg. Lehmann) ohne namhafte Debatte 83,000 Mark.

Wenn die Regierung und die Wasserbauverwaltung speziell jetzt die Augen offen behalten — und wir zweifeln nicht daran, daß sie sie sie sehr offen haben werden — so läßt das Brunnengänge-Bau-project gelegentlich der letzten Hochwasser im 18. — Wasser, wenigstens der Hauptfläche nach, so kann wohl die Meinung nicht maßgebend sein, 1872 hätten so und so viele Gräben die dortigen Hochweischen erkauft um Baupläge daraus zu machen und man könne diese Weiser doch nicht dadurch räumeln, daß man die damals bald und halb gebilligten Baupläge jetzt einfach von den Karten wegstreife. Wohl kann man das und wird es thun müssen. Dazumal ist viel gearbeitet worden, was heute partout wertlos ist. Die Gelder bleiben der Gesellschaft — Baupläge jedoch dürfen darauf nicht gemacht werden, ganz abgesehen, daß es für die nächsten 50 Jahre Dresden nicht an Baupläzen besserer Lage mangelt. Für Dresden werden, namentlich aber für die neue dritte Weiche; ferner für die Wasserwerk unterhalb der Saloppe; endlich auch für die Ueberläufer in Wittenhof ist der flache Landkreis (Göhren, Witten und Witten) von der Blumenstraße entlang der Ueberläufer bis über die Weiche eine Weidenstraße. Jeder Fuß der hier den sich drei erziehenden Röhren benommen wird, dröh-

3. Nr. 55. Einundzwanzigster Jahrgang.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, Donnerstag, 24. Februar 1876.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Leipzig & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Friedr. Goedsche in Dresden.